

Senatsverwaltung für Kultur und  
Gesellschaftlichen Zusammenhalt  
- BKRW 3 -

Berlin, den 13.02.2025  
Telefon 9(0) 228 - 310  
E-Mail: markus.hofmann@Kultur.Berlin.de

**1765 A**

An  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin  
über  
Senatskanzlei - G Sen -

**Sachstandsbericht zur Verwendung der Mittel zur Unterstützung von jüdischer Gemeindearbeit**

Kapitel 0820 - Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften  
Titel 68488 - Unterstützung von jüdischer Gemeindearbeit

**Rote Nummer:** **1100 DH-1, 1765**

**Vorgang:** 54. Sitzung des Hauptausschusses vom 01.12.2023  
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die  
Haushaltjahre 2024 und 2025 - Restelesung  
65. Sitzung des Hauptausschusses vom 04.09.2024

**Ansätze:** Kapitel 0820 / Titel 68488

abgelaufenes Haushalt Jahr:	9.900.000,00 €
laufendes Haushalt Jahr:	9.000.000,00 €
kommandes Haushalt Jahr:	0,00 €
Ist des abgelaufenen Haushalt Jahres:	5.965.483,43 €
Verfügungsbeschränkungen:	0,00 €
Aktuelles Ist (Stand: 29.01.2025)	0,00 €

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„SenKultGZ wird gebeten, dem Hauptausschuss rechtzeitig zur Sitzung am 26.06.2024 einen aktuellen Sachstandsbericht zur Verwendung der Mittel zur Unterstützung von jüdischer Gemeindearbeit vorzulegen.“

„Ein aktueller Bericht zum Mittelabfluss wird, wie zugesagt, in 6 Monaten erbeten (einvernehmlich).“

Ich bitte, den Beschluss damit als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Die vom Abgeordnetenhaus im Kapitel 0820 „Leistungen an die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“ im Titel 68488 „Unterstützung von jüdischer Gemeindearbeit“ zur Verfügung gestellten Mittel sind von der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (SenKultGZ) für die vordringlichsten Bedarfe von jüdischen Gemeinschaften verausgabt respektive vorgesehen worden.

Die Rückmeldungen aus den jüdischen Gemeinschaften nach dem 07. Oktober 2024 haben ein prioritäres Bedürfnis für eine weiter erhöhte Sicherheit ergeben. Mangelnde Sicherheit ist die Hauptsorte und eine Erhöhung der Sicherheit das zentrale Anliegen bei den Beteiligten.

Deswegen ist zum einen die Sicherheit durch weitere sicherheitstechnische Baumaßnahmen erhöht worden und soll weiter erhöht werden und zum anderen sind auch die Mittel für die personellen Sicherheitsleistungen den erhöhten Anforderungen angepasst worden bzw. sollen weiter nachjustiert werden. Damit soll der hohen Priorität einer verbesserten Sicherheit und eines umfassenderen Schutzes von jüdischem Leben im Land Berlin entsprochen werden. Diese Sicherheit ist Basisvoraussetzung für bestehendes und sich entwickelndes jüdisches Leben in Berlin.

Zugleich sind durch jüdische Gemeinschaften Anträge auf paritätische Teilhabe an den Staatsleistungen an die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhoben worden. Diese Ansprüche wurden bzw. werden geprüft und konnten trotz der komplizierten Gesamtlage in einem klaganfälligen Bereich vorangebracht werden.

Das Abgeordnetenhaus war dazu vorab darauf hingewiesen worden, dass paritätische Ansprüche auf Teilhabe und diesen gleichgestellten Leistungen sich nicht auf die Haushaltsjahre 2024 und 2025 beschränken, sondern darüber hinaus dauerhaft zusätzlich zu den bisherigen Leistungen aus dem Staatsvertrag bereitzustellen sind und parallel zu diesen dynamisiert werden müssen. Es ist darauf zu achten, dass nicht einzelne Akteure bevorzugt werden, da dies verfassungsrechtliche Gleichbehandlungsansprüche aller anderen Gemeinschaften auslöst, die den Haushalt ggf. erheblich und dauerhaft zusätzlich belasten, auch wenn der Haushaltsgesetzgeber dafür keine Vorsorge getroffen hat.

Zum Haushaltsjahr 2024 wird berichtet:

Für die sicherheitstechnische Erfüchtigung von Grundstücken und Gebäuden von jüdischen Einrichtungen wurden 2.996.253,04 € verausgabt. Für bewegliches Sachmaterial zur sicherheitstechnischen Ausstattung wurden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin Körperschaft des öffentlichen Rechts (K.d.ö.R.) 213.908,00 € zugewendet, welches der gesamten jüdischen Community zu Gute kommen soll. Für die durch die fachlich zuständigen Stellen ermittelten personellen Sicherheitskosten wurden 1.800.000,00 € zusätzlich aufgewendet, welche über die Jüdische Gemeinde zu Berlin K.d.ö.R. der gesamten jüdischen Community zugedacht worden sind.

Der jüdischen Gemeinschaft Kahal Adass Jisroel e.V. wurden zur Förderung des jüdischen Gemeindelebens in Berlin nach Überprüfung und Berechnung durch einen externen Dienstleister 955.321,00 € als Zuschuss über die Jüdische Gemeinde zu Berlin K.d.ö.R. übermittelt. Weitere Verausgabungen konnten im Haushaltsjahr 2024 nicht vorgenommen werden, da zum einen der Zuschuss für die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin e.V. u.a. wegen noch nicht vollständig vorgelegter Unterlagen nicht ermittelt werden konnte. Zum anderen konnten vorgesehene sicherheitstechnische Anlagen aus vergaberechtlichen Gründen in diesem Haushaltsjahr nicht mehr ausgabewirksam angeschafft werden.

Zum Haushaltsjahr 2025 wird berichtet:

Für die sicherheitstechnische Erfüchtigung von Grundstücken und Gebäuden von jüdischen Einrichtungen sowie für bewegliches Sachmaterial zur sicherheitstechnischen Ausstattung sowie für eine Verbesserung der personellen Sicherheitsmittel sind 5,5 Mio. € vorgesehen.

Für die jüdische Gemeinschaft Kahal Adass Jisroel e.V. werden rund 1,1 Mio. € verausgabt werden. Für die Jüdische Gemeinde Chabad Berlin e.V. wird die Höhe der zu leistenden Finanzmittel erst nach erfolgter Prüfung der erforderlichen Unterlagen durch die bereits beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch SenKultGZ bestimmt werden. Weitere Mittel sind für die Jüdische Synagoge Fraenkelufer sowie für die landesunmittelbare Stiftung Neue Synagoge Berlin - Centrum Judaicum vorgesehen.

Für das Jahr 2025 wird von einer vollständigen Verausgabung der im Kapitel 0820 / Titel 68488 vorgesehenen Mittel ausgegangen. Dabei verbleibt ein überschaubares Prognoseringiko hinsichtlich der noch nicht abgeschlossenen Berechnungen und Mittelabrufe.

In Vertretung

Oliver Friederici  
Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt